



Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

40. Jahrgang
Nr. 1 – 2017
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Das Imperium der Militärbasen	2
Regimewechsel-Krieg	3
ATTAC: Erklärung zum Syrienkonflikt	4
Weltfriedensrat: Einheit in den Grundprinzipien	5
Der Fidel, den ich kannte	6
Chomsky's klare Widerworte	7
Ana Belén Montes ist nicht allein	8



US-Soldaten der 3. Kampfbrigade der 4. Infanterie-Division posieren am 12. Februar 2017 zusammen mit polnischen Soldaten nach ihrer Ankunft in Skwierzyna im Rahmen der Operation Atlantic Resolve. (Foto: U.S.Army/Staff Sgt. Elizabeth Tarr)

Grösstes Nato-Aufrüstungsprogramm seit dem Kalten Krieg

NATO goes East and East and...

Über den Aufmarsch nach Osteuropa via Bremerhaven und Brandenburg, über die permanenten Verlegungen von NATO-Truppen berichtet der deutsche Friedensforscher und Vizepräsident der deutschen Die Linke, Tobias Pflüger.

Von Tobias Pflüger

Das militärische Gerät der 4 000 Soldaten starken 3. Kampfbrigade der 4. Infanteriedivision der US-Armee wird derzeit via Bremerhaven nach Polen und in andere osteuropäische Staaten verlegt. Die meisten dieser Kriegswaffen werden per Bahn, einige aber auch auf bundesdeutschen Strassen transportiert. Es handelt sich um 446 gepanzerte Kettenfahrzeuge sowie 907 Radfahrzeuge mit 650 Anhängern. Mit dabei sind auch 87 Kampfpanzer, 144 Schützenpanzer und 18 Panzerhaubitzen, das teile das EUCOM (Europäisches US-Oberkommando in Stuttgart) in einer Pressemitteilung mit. «Es wird das modernste Gerät sein, was die Armee anzubieten hat», so die US-Armee.

Die Logistik des Kriegswaffen-Transports führt die Bundeswehr durch, zentraler Ort dazu ist die in Garlstedt zwischen Bremen und Bremerhaven, aber in Niedersachsen befindliche Logistikschule des Heeres. Die Bundeswehr bezeichnet sich in diesem Zusammenhang als «Servicepartner» der US-Armee und teilt stolz mit, dass die Bundeswehr «bei dieser US-Operation den norddeutschen Raum als logistische Drehscheibe für den Transport von über 4 000 US-Soldatinnen und Soldaten mit ihren Fahrzeugen und ihrer Ausrüstung» nutzt. «Deutschland hat als Drehscheibe eine besondere Bedeutung, diese wollen wir wahrnehmen.» Die Bundeswehr «stellt für die US-Armee Lagerkapazität und Betriebsstoffe,

Unterkunft und Verpflegung, Instandsetzung, Transport- und Umschlag, Anlagen und Einrichtungen der Bundeswehr, Feldjägerunterstützung sowie die Transportsicherung innerhalb Deutschlands bereit.»

Die Dimension der Truppenverlegung wird deutlich, wenn man sich anschaut, was da per Bahn transportiert wird. Es sind ca. 900 Eisenbahn-Waggons mit Kriegsmaterial, das von Bremerhaven nach Polen verbracht wird, «umgerechnet» ein Zug mit ca. 10 bis 14 km Länge. Dazu kommen noch ca. 600 Frachtstücke, die ebenfalls per Bahn vom Truppenübungsplatz Bergen-Hohne nach Polen transportiert werden. Und es gibt ca. 40 Fahrzeuge, die direkt auf der Strasse von Bremerhaven nach Polen fahren.

Das Ganze nennt sich «Atlantic Resolve», ist aber keine Übung oder ein Manöver, sondern es handelt sich um eine permanente Verlegung des US-Kriegsgerätes nach Osteuropa. Nach 9 Monaten soll die gesamte Kampfbrigade durch eine gleichstarke neue Brigade ausgewechselt werden. Warum diese Rotation der Kampftruppen? Offiziell hat dies militärische Gründe, doch dahinter steckt auch, dass die NATO-Russland-Akte (von 1997) explizit ausschliesst, dass in Osteuropa «substantielle Kampftruppen dauerhaft stationiert» werden. Genau dies geschieht aber derzeit, die Rotation ist dabei nur Trickserei.

Und: es ist auch nicht die einzige Truppenverlegung, die 2017 vonstatten gehen wird. Auch noch im Januar findet die Militäroperation «Bison

Drawsko» statt. Im Rahmen dieser Militäroperation wird eine niederländische Brigade ebenfalls via Bremerhaven nach Polen bewegt. Und Anfang Februar folgt die permanente Stationierung der 1 800 Soldaten starken 10. Heeresfliegerkampfbrigade (10th Combat Aviation Brigade) aus dem US-Bundesstaat New York. Es handelt sich dabei um eine Kampfhubschrauberbrigade mit 10 Chinook- und 50 Blackhawk-Hubschraubern. Neues Hauptquartier der Einheit wird das mittelfränkische Illesheim, stationiert werden sollen die Kampfhubschrauber in Lettland, Rumänien und Polen.

Die Obama-Administration hatte für diesen Truppenaufmarsch noch das Budget für die Truppenpräsenz in Europa im Rahmen der 2014 gestarteten European Reassurance Initiative (ERI) auf insgesamt 3,4 Milliarden US-Dollar vervierfacht.

Auch die Bundeswehr wird ab Februar bis zu 500 Soldaten mit 26 Panzern und etwa 170 weiteren Militärfahrzeuge in Litauen dauerhaft (s.o.) stationieren. Nach Ansicht der Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen sei diese Massnahme «genau angemessen» und «defensiv».

Die jetzige Truppenverlegung der NATO-Staaten hat auch etwas mit konkreten Kriegsszenarien zu tun. Ein zentrales Kriegsszenario ist die so genannte «Lücke von Suwalki», die die NATO entdeckt haben will. Was hat es damit auf sich? Das Grenzgebiet zwischen Polen, Litauen und Kaliningrad, in der Nähe der polnischen Stadt Suwalki, sei bei einer militärischen Auseinandersetzung der NATO-Staaten mit Russland nicht von der NATO

Fortsetzung Seite 2

Pensionskassen im Visier

Ostermarsch 2017

Über 30 Organisationen rufen für Ostermontag zum Ostermarsch '17 nach Bern (siehe Flyer weiter unten). Im Visier der Schlusskundgebung, die am 17. April 2017 um 14.30 Uhr auf dem Berner Münsterplatz stattfindet, stehen dieses Jahr die Waffengeschäfte von Pensionskassen und Banken. Wir dokumentieren nachstehend den Aufruf, den auch die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) mitunterzeichnet hat.

MEIN GELD FÜHRT KRIEG. WAFFENGESCHÄFTE VON PENSIONS KASSEN UND BANKEN STOPPEN!

Schweizer Pensionskassen und Banken investieren jährlich dreistellige Millionenbeträge in Rüstungskonzerne. Diese stellen Kriegsmaterial her, das in anderen Gegenden der Welt unsägliches Leid hervorruft. Die Kundinnen und Kunden der Finanzinstitute sind über diese Investitionspraktiken oft nicht informiert und es entstehen trotz des grossen finanziellen Volumens kaum Schlagzeilen. Einige Banken haben zwar Ethikkodizes, in der Praxis bleiben diese Vorsätze jedoch oft wirkungslos. So sind seit 2011 mehr als fünf Milliarden US-Dollar von Schweizer Banken an Konzerne geflossen, die Atomwaffen und Streumunition herstellen, obwohl die Finanzierung der Produktion international geächteter Waffen seit Februar 2013 verboten ist. Somit investieren die Finanzinstitute der Schweiz mit dem Geld ihrer oft unwissenden

Kundinnen und Kunden direkt in die Kriege auf dieser Welt.

Mit dem Ostermarsch 2017 fordern wir deshalb:

- Verbot von Investitionen in die Rüstungsindustrie
- Transparenz beim Anlageverhalten von Finanzinstitutionen
- Verantwortung übernehmen für die eigenen Geldanlagen

Der Ostermarsch wird u.a. getragen von AVIVO Region Basel, BFFF, cfd, Christkath. Pfarramt Bern, Demokratische JuristInnen Schweiz, Evang.-meth. Kirche, Evang. Frauen Schweiz, Frauen für den Frieden, GSoA, Grundrechte.ch, HEKS-Regionalstelle Bern, Humanrights.ch, IFOR Schweiz, Konferenz der Mennoniten der Schweiz, Peace Brigades International, Ref. Kirchen Bern-Jura-Solothurn, SFB, SFR, Schweizerischer Kath. Frauenbund, Solidarité sans frontières, SCI Schweiz, Täuferisches Forum für Frieden und Gerechtigkeit, Terre Nouvelle, Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung, Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers, WILPF, Verein Netzwerk Asyl Aargau

**OSTERMARSCH
MARCHE DE PÂQUES**

MEIN GELD FÜHRT KRIEG. Waffengeschäfte von Pensionskassen und Banken stoppen! | **MON ARGENT MÈNE LA GUERRE. Le soutien au commerce des armes par les fonds de pension et les banques doit cesser!**

17.4.2017

13.00 AUFTAKT | DÉPART
EICHHOLZ AN DER AARE
Tram 9 ab Hauptbahnhof bis Endstation Wabern
à la gare tram 9 direction Wabern descendre terminus Wabern

MUSIK | MUSIQUE
Club de Bombordo
(Latin-Sounds/Afro-Rhythms)
clubdebombordo.com

14.30 SCHLUSSKUNDGEBUNG | CLÔTURE
MÜNSTERPLATZ
PLACE DE LA COLLÉGIALE
mit I. avec
Ueli Mäder, Soziologe und Konfliktforscher

Feines Essen und Trinken aus dem Jura
Restauration jurassienne Le Marché
des Paysannes

ostermarschbern.ch
marchedepaques.ch

US-Version der Kolonie

Basen-Imperium

Versuchen Sie diese Frage zu beantworten, ehe Sie diesen Artikel lesen: Wieviele Militärstützpunkte haben die Vereinigten Staaten von Amerika in anderen Ländern: a) 100; b) 300; c) 700; d) 1 000?

Von Hugh Gusterson

Laut der Aufstellung des Pentagon sind es rund 865, aber wenn man die neuen Stützpunkte in Irak und Afghanistan mit einbezieht, kommt man auf über 1 000. Diese tausend Militärbasen machen 95% aller Militärstützpunkte aus, die irgendein Land auf der Erde auf dem Staatsgebiet eines anderen Landes unterhält. (...)

Amerikanische Führer sprechen von ausländischen Basen als Festigung der Bündnisse mit anderen Nationen, hauptsächlich durch Handels- und Hilfsabkommen, die oft Hand in Hand mit den Pachtverträgen für Stützpunkte gehen. Die U.S.-Soldaten leben in diesen Basen eingesponnen in eine amerikanische Scheinwelt, sehen amerikanisches TV, hören amerikanischen Rap und Heavy Metal und essen amerikanisches Fast Food, so dass die verpflanzten Bauernbuben und Strassenkinder kaum mit einem anderen Lebensstil in Berührung kommen. Auf der anderen Seite des Stacheldrahtzauns geraten die lokalen Bewohner und Geschäfte oft in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von den Soldaten und sind interessiert an deren weiterem Verbleib.

Besatzermentalität

Diese Basen können sich zu Brennpunkten für Konflikte entwickeln. Militärstützpunkte lassen unweigerlich giftige Abfälle in lokale Ökosysteme ab, wie etwa in Guam, wo Mi-

litärbasen nicht weniger als 19 Orte hinterlassen haben, für die dann der Entschädigungsfonds für Umweltschäden zuständig war. Derartige Verschmutzung verursacht Unmut und führt manchmal, wie in den 1990er Jahren in Vieques, zu massiven sozialen Aufständen gegen die Basen. Die Vereinigten Staaten von Amerika benutzten Vieques 180 Tage im Jahr für Bombenübungen, und als sie 2003 abzogen, war das Land übersät mit explodierter und nicht explodierter Munition, Projektilen mit abgereichertem Uran, Schwermetallen, Öl, Schmiermitteln, Lösungsmitteln und Säuren. Laut lokalen Aktivisten lag die Krebsrate in Vieques um 30% über dem Rest von Puerto Rico.

Es lässt sich auch nicht vermeiden, dass hin und wieder U.S.-Soldaten – oft betrunken – Verbrechen begehen. Der Unmut, den diese Verbrechen



Treffen in Guantánamo Fort mit den Basen

Vom 4. – 6. Mai 2017 lädt die Kubanische Bewegung für Frieden und die Souveränität der Völker gemeinsam mit dem Weltfriedensrat zur 5. Auflage des Internationalen Seminars für Frieden und gegen ausländische Militärstützpunkte ins emblematische Guantánamo ein. Gemeinsam sollen die Auswirkungen von Militärbasen auf Mensch und Umwelt der betroffenen Staaten beleuchtet und über Aktionen beraten werden, wie sich die Welt dieser Stützpunkte entledigen könnte. Die SFB wird mit einer Delegation am Seminar vertreten sein.

erregen, wird nur übertroffen durch das Beharren der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, dass solche Verbrechen nicht vor den Gerichten vor Ort verfolgt werden dürfen. 2002 ermordeten in Korea zwei U.S.-Soldaten zwei Mädchen auf dem Weg zu einer Geburtstagsparty. Koreanische Aktivisten behaupten, das sei eines der 52 000 Verbrechen, die U.S.-Soldaten zwischen 1967 und 2002 begangen haben. Die beiden U.S.-Soldaten wurden sofort zurück in die Vereinigten Staaten von Amerika gebracht, wodurch sie der Strafverfolgung in Korea entgehen konnten. 1998 durchschnitt ein Marinepilot das Seil einer Gondelbahn in Italien und tötete dadurch 20 Menschen, aber die U.S.-Vertreter liessen ihn mit einem blauen Auge davon kommen und verweigerten den italienischen Behörden die strafrechtliche Verfolgung. Diese und ähnliche Zwischenfälle haben die Beziehungen der Vereinigten Staaten von Amerika zu wichtigen Verbündeten beeinträchtigt. (...)

Umweltschäden und Kriminalität

Ihr «Imperium von Basen» verleiht den Vereinigten Staaten von Amerika globale Reichweite, aber der Zustand dieses Imperiums, soweit es Europa betrifft, ist ein aufgeblähtes und anachronistisches Relikt des Kalten Krieges. Viele dieser Basen sind

ein Luxus, den die Vereinigten Staaten von Amerika sich in Zeiten von Rekord-Budgetdefiziten nicht mehr länger leisten können. Darüber hinaus sind die U.S.-Militärbasen ein zweischneidiges Schwert: sie stehen für die Macht der Vereinigten Staaten von Amerika rund um den Erdkreis, aber sie beeinträchtigen auch ihre Beziehungen nach aussen, erzeugen Unmut gegen die Prostitution, Umweltschäden, Kriminalität und den alltäglichen Ethnozentrismus, die ihre unweigerlichen Begleiterscheinungen sind. Derartige Verstimmungen haben in letzter Zeit zur Schliessung von Militärbasen der Vereinigten Staaten von Amerika in Ecuador, Puerto Rico und Kirgisien geführt. Wenn man die Vergangenheit als Vorspiel sieht, können weitere Bewegungen gegen U.S.-Militärbasen für die Zukunft erwartet werden. Ich glaube, dass wir über die kommenden 50 Jahre die Entwicklung einer neuen internationalen Norm erleben werden, nach der ausländische Militärbasen ebenso wenig vertretbar sein werden, wie es die kolonialistische Besetzung eines anderen Landes in den letzten 50 Jahren geworden ist.

Die Unabhängigkeitserklärung kritisiert die Briten «wegen der Stationierung grosser Einheiten bewaffneter Truppen unter uns» und «wegen deren Verschonung vor Strafe durch Scheinprozesse für jegliche Mordtaten, die sie an den Einwohnern dieser Staaten begehen.» Feine Worte! Die Vereinigten Staaten von Amerika sollten beginnen, sich diese zu Herzen zu nehmen.

Quelle: Bulletin of the Atomic Scientists/antikrieg.com Von der UW gekürzt.

Hugh Gusterson ist Professor für Anthropologie und Soziologie an der George Mason University. Seine Fachbereiche umfassen nukleare Kultur, internationale Sicherheit und Anthropologie der Wissenschaft.

Russlands Alternativen zu Militärbasen

«Asymmetrisch und billig»

Braucht Russland neue Militärstützpunkte im Ausland, um auf Aktivitäten der USA und der NATO zu reagieren? Russische Experten sehen auch andere Optionen, die ermöglichen sollen, immense Militärausgaben – und damit auch Fehler aus dem Kalten Krieg – zu vermeiden.

Von Sergei Malgavko

Der russische Militärexperte Viktor Litowkin sagte dem TV-Sender Swesda, es stehe nicht fest, ob etwa die Regierung in Havanna angesichts ihrer verbesserten Beziehungen mit den USA bereit wäre, einen russischen Stützpunkt zu genehmigen. Russland brauche allerdings nicht unbedingt eine Militärbasis, um in der Region präsent zu sein.

«Bei Bedarf lassen sich solche Fragen anders lösen. Man könnte russischen Langstreckenbomben beispielsweise Zwischenlandung und Nachtankung auf Kuba erlauben», so Litowkin hypothetisch. Im Herbst 2013 waren zwei russische Tu-160-Bomber nach einem Flug über den Atlantik in Venezuela gelandet.

Ziel aus dem Kalten Krieg neu aufgelegt

Der Sender kommentierte: «Praktisch allen Militärexperten zufolge streben die Vereinigten Staaten keine offene Konfrontation mit Russland an, sondern dessen allmähliche Involvement in ein Wettrüsten, das höhere Ausgaben für die Armee voraussetzt. Zu dieser Methode hatten die Amerika-



Die Vereinigten Staaten von Amerika unterhalten global mehr als 700 Militärbasen in 42 Ländern. Doch das sind nur die offiziellen Militärbasen. Insgesamt sind die USA in mehr als hundert Staaten militärisch präsent. Hierzu gehören zahlreiche Stützpunkte, die nicht offiziell als Militärbasen gewertet werden, auf welche die USA jedoch jederzeit zugreifen können oder dort anderweitig präsent sind.



Russlands auswärtige Militärbasen beschränken sich auf Länder der ehemaligen Sowjetunion und auf den syrischen Hafen Tartus, der mittelfristig durch Anlaufstellen auf Zypern ersetzt werden soll. Zurzeit soll die Russische Föderation insgesamt 25 Militärbasen und Stützpunkte außerhalb ihres Hoheitsgebietes unterhalten.

Fortsetzung von Seite 1

NATO goes East...

zu halten, deshalb sei eine dauerhafte Stationierung von umfangreichen NATO-Truppen in den baltischen Staaten vonnöten. Entsprechend kommt als Begründung für die Truppenverlegung «Stärke zeigen», «Abschreckung gegenüber Russland» etc.

Politisch wurde diese Truppenverlegung beim NATO-Gipfel im Juni 2016 in Warschau beschlossen. Die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung hat diesen Beschluss explizit mitgetragen. Der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) zeigte sich dennoch «besorgt» ob dieser Aufrüstung. Friedensgruppen und DIE LINKE organisierten gleich zu Beginn des Jahres 2017 Protestdemonstrationen und -kundgebungen unter anderem in Bremerhaven, direkt bei den Fährschiffen mit dem ausgeladenen Kriegsgerät, beim Kloster Lehnin (beim dortigen Truppenübungsplatz der Bundeswehr, der als Zwischenstation genutzt wurde für die Truppenverlegung), in Frankfurt (Oder), Fürstenwalde und anderen Orten.

Offiziell heisst es, die NATO-Aufrüstung sei eine Konsequenz aus der Ukraine-Krise. De facto läuft damit eine heftige Aufrüstungsspirale, auch Russland stationiert immer mehr Truppen an seiner Grenze, aber innerhalb Russlands. «Das Ergebnis ist das grösste Nato-Aufrüstungsprogramm seit dem Kalten Krieg» heisst es in einem Pressebericht. Diese Aufrüstung und diese Truppenverlegungen müssen gestoppt werden. Die Militärtransporte und die logistische Unterstützung durch die Bundeswehr für diese Aufrüstung werden weiter gehen, hoffentlich die Proteste dagegen auch.

Quelle: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. – www.imi-online.de



Ne Zákładnám – Nein zu Basen: Tschechische Aktivisten an Anti-Basen-Demo in Vicenza (It). Foto nezakladnam.cz

Redaktionsschluss
dieser Nummer:
15. Februar 2017

Die Menschen in Syrien wollen verzweifelt Frieden Regimewechsel-Krieg

Die Abgeordnete von Hawaii im US-Repräsentantenhaus Tulsi Gabbard (Demokratische Partei) bereiste Mitte Januar 2017 Syrien und den Libanon. Wir dokumentieren hier ihren Bericht, der die bei uns üblichen Schwarz-Weiss-Zuweisungen sprengt und in den USA entsprechend kontrovers aufgenommen worden ist. Untertitel UW.

Von Tulsi Gabbard

Während ein grosser Teil Washingtons sich auf die Amtseinführung von Präsident Donald Trump vorbereitete, verbrachte ich die vergangene Woche auf einer Fact-finding-Mission (Informationstour) in Syrien und Libanon, um direkt von den Menschen in Syrien zu sehen und zu hören. Ihre Leben wurden aufgebraucht von einem schrecklichen Krieg, der Hunderttausende von Syrern getötet und Millionen gezwungen hat, auf der Suche nach Frieden aus ihrem Heimatland zu flüchten.

Es ist jetzt klarer als je zuvor: dieser Regimewechselkrieg dient nicht dem Interesse der USA, und gewiss liegt er nicht im Interesse des syrischen Volkes.

Ich bereiste Damaskus und Aleppo und hörte Syrern aus verschiedenen Teilen des Landes zu. Ich traf vertriebene Familien aus dem Ostteil von Aleppo, aus Raqqah, Zabadani, Latakia und aus den Vororten von Damaskus. Ich traf syrische Oppositionsführer, die die Proteste 2011 anführten,

Staaten von Amerika und andere Länder an, mit der Unterstützung derjenigen aufzuhören, die Syrien und seine Menschen zerstören.

Immer und immer wieder hörte ich diese Botschaft von denen, die unaussprechliche Schrecken erlitten und überlebt haben. Sie baten mich, ihre Stimme an die Welt weiterzugeben, verzweifelte Stimmen, die nicht gehört wurden aufgrund der falschen, einseitigen Berichte, die ein Narrativ vorangetrieben haben, das diesen Regimewechselkrieg auf Kosten von syrischen Leben unterstützt.

Usurpierte Opposition

Ich hörte Zeugnisse darüber, wie friedliche Proteste gegen die Regierung, die 2011 begannen, schnell von wahabitischen Jihadistengruppen wie al-Qaeda (al-Nusra) übernommen wurden, welche von Saudiarabien, Türkei, Qatar, den Vereinigten Staaten von Amerika und anderen Ländern finanziert und unterstützt wurden. Diese nützten die friedlichen Demonstranten aus, übernahmen ihre Gemeinwesen und töteten und folterten Syrern,

Reformen ja, Gewalt nein

Obwohl sie gegen die Regierung Assad ist, brachte die politische Opposition ihre unerbittliche Ablehnung des Einsatzes von Gewalt zur Erreichung politischer Reformen zum Ausdruck. Sie sagen, dass, wenn die wahabitischen Jihadisten, die von Regierungen aus dem Ausland unterstützt werden, den syrischen Staat erfolgreich stürzen würden, das Syrien und seine lange Geschichte einer säkularen pluralistischen Gesellschaft zerstören würde, in der Menschen aller Religionen friedlich zusammengelebt haben. Obwohl diese politische Opposition weiterhin Reformen anstrebt, steht sie felsenfest zum syrischen Staat, solange ausländische Regierungen mit jihadistischen Terroristengruppen zwecks Regimewechsel einen Stellvertreterkrieg gegen Syrien führen, während sie friedlich für ein stärkeres Syrien für alle Syrern arbeitet.

Politik des Regime change

Ursprünglich hatte ich keine Absicht, Assad zu treffen, aber als sich die Gelegenheit dazu ergab, hatte ich das Gefühl, dass es wichtig war, sie zu nützen. Ich denke, dass wir bereit sein sollen, jeden zu treffen, wenn eine Chance besteht, dass das dazu beiträgt, diesen Krieg zu beenden, der



Kinder vor einer Notunterkunft in Aleppo. Gemäss Tulsi Gabbard flohen ihre Eltern aus dem Ostteil der Stadt: «Viele dieser Kinder kennen nur Krieg, Verlust und Elend. Ihre Familien haben einen einzigen Wunsch: Frieden.» Foto Abraham Williams

und die Türkei, die ihrerseits diese terroristischen Gruppen unterstützen. Wir müssen unseren Krieg zum Sturz der syrischen Regierung beenden und unsere Aufmerksamkeit auf die Zerschlagung von al-Qaeda und ISIS konzentrieren.

Die Vereinigten Staaten von Amerika müssen aufhören, Terroristen zu unterstützen, welche Syrien und seine

Menschen zerstören. Die Vereinigten Staaten von Amerika und andere Länder, die diesen Krieg in Gang halten, müssen sofort damit aufhören. Wir müssen dem syrischen Volk die Möglichkeit geben, zu versuchen, sich von diesem furchtbaren Krieg zu erholen.

Quelle: antiwar.com
Übersetzung: antikrieg.com

Wissenschaftlicher Beirat von attac

Erklärung zum Syrienkonflikt

Zahlreiche Professoren des wissenschaftlichen Beirates von attac Deutschland fordern zu einer öffentlichen Debatte über den tatsächlichen Hergang des Syrienkonfliktes auf. Zu diesem Zweck erinnern sie an gewisse Fakten und kommen zu einem eindeutigen Ergebnis, das dem aktuell medial vermittelten Bild widerspricht. Sie rufen alle gesellschaftlichen Gruppen dazu auf, das Wegschauen zu beenden und sich zusammen mit der Friedensbewegung für konflikt- und kriegsvorbeugende Wege in die politische Auseinandersetzung einzubringen. Wir drucken hier den vollständigen Wortlaut der Erklärung nach, wie er u.a. auf tlaxcala-int.org veröffentlicht worden ist.

Wir möchten vorausschicken: Erstens ist uns nicht verborgen geblieben, dass Russland und Iran, die auf der Seite des Assad-Regimes in den Krieg eingetreten sind, ihre eigenen Interessen und strategischen Ziele verfolgen. Zweitens haben wir den Gewalteintritt und die frühzeitige Einmischung ausländischer Staaten in den inner-syrischen Konflikt von Beginn an für falsch gehalten und kritisiert: den Gewalteintritt von Assad gegen die friedlichen Demonstranten, die gegen die Diktatur auf die Strasse gegangen waren, ebenso wie die Waffenlieferungen des Westens an die angeblich moderaten Rebellen und alle darauf folgenden Kriegshandlungen.

Entgegen der im Westen herrschenden Mainstream-Meinung stellen wir jedoch fest:

Russland und Iran haben zunächst alle Möglichkeiten für eine diplomatische und friedliche Lösung des Konfliktes ausgeschöpft; erst als sich dieser Versuch als aussichtslos erwies, haben sie militärisch eingegriffen und den Krieg in Aleppo vorerst beendet. Dafür Russland nun zu verurteilen, wie es die westlichen Mainstream-Medien fast einhellig tun, halten wir für absurd, genauso wie die einseitige Schuldzuweisung jener Gruppe von Prominenten aus Kultur und Politik, die am 7. Dezember 2016 vor der russischen Botschaft in Berlin unter dem Motto «Aleppo-Putins Schande!» demonstriert haben. Wir fordern die Initiatoren und UnterzeichnerInnen des betreffenden Aufrufs zu einer öffentlichen Debatte über den tatsächlichen Hergang des Syrienkonfliktes auf. Zu diesem Zweck rufen wir einige Fakten in Erinnerung:

• Nach Aussagen des ehemaligen Oberkommandeurs der NATO, General Wesley Clark, begann die US-Re-

gierung bereits unmittelbar nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 mit den Planungen des Regimewechsels in sieben Ländern, die von den USA als Gegner angesehen wurden, darunter Afghanistan, Irak, Libyen und auch Syrien. Um dort dieses Ziel zu erreichen, haben die USA seit 2005 die Rahmenbedingungen geschaffen. Dazu gehörte neben zahllosen medialen Propagandaaktionen gegen das Assad-Regime, die – von den USA gemeinsam mit Saudiarabien, Katar und Israel betriebene – Finanzierung und Ausbildung einer Armee von Dschihadisten, die fortan in der westlichen Berichterstattung unter dem verharmlosenden Label «gemässigte Opposition» firmierte. Dabei gehörten die weitaus stärksten militärischen Kräfte dieser Opposition dem Al-Kaida-Netzwerk und der radikal-islamischen al-Nusra Front an, die zuvor von den USA selbst als «Terror-Organisationen» eingestuft worden waren. Diese Truppen sollten für den Sturz der Regierungen in Damaskus und Teheran eingesetzt werden, wie der renommierte Journalist und Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh bereits 2007 aufdeckte.

• Nach dem Beginn des Syrienkonfliktes hat sich Russland zunächst nicht eingemischt, solange dieser Konflikt noch als ein rein innenpolitischer Konflikt angesehen werden musste. Erst als es dem «Islamischen Staat», dessen Ursprung auf den Sturz Saddams Husseins und die Zerstörung Bagdads durch die USA im Frühjahr 2003 zurückgeht, gelang, mit den Mitteln des Terrors und mit militärischer und logistischer Unterstützung durch die Geheimdienste der USA, Saudi-Arabiens und der Türkei im Norden des Irak weite Gebiete mit der

Fortsetzung auf Seite 4



Das Mitglied des US-Repräsentantenhaus Tulsi Gabbard (3. von links) trifft sich in Aleppo mit Vertretern verschiedener christlicher Kirchen dieser Stadt, u.a. mit dem katholischen Erzbischof Denys Antoine Chahda, Erzbischof Joseph Tabji von der Maronitischen Kirche und Pfarrer Ibrahim Nseir von der Arabisch-Evangelikalen Presbyterianischen Kirche. Foto: Abraham Williams

Witwen und Kinder von Männern, die für die Regierung kämpften und Witwen von solchen, die gegen die Regierung kämpften. Ich traf den neu gewählten Präsidenten des Libanon Aoun und Premierminister Hariri, US-Botschafterin im Libanon Elizabeth Richard, den syrischen Präsidenten Assad, Grossmufti Hassoun, Erzbischof Denys Antoine Chahda von der syrisch katholischen Kirche in Aleppo, muslimische und christliche Religionsführer, humanitäre Helfer, Akademiker, Studenten, kleine Geschäftsleute, und mehr.

Terroristen sind sich alle gleich

Ihre Botschaft an das US-amerikanische Volk war machtvoll und gleichbleibend: Es gibt keinen Unterschied zwischen «gemässigten» Rebellen und al-Qaeda (al-Nusra) oder ISIS – die sind alle die selben. Das ist ein Krieg zwischen Terroristen unter dem Kommando von Gruppen wie ISIS und al-Qaeda und der syrischen Regierung. Sie flehen die Vereinigten

die mit ihnen im Kampf zum Sturz der Regierung nicht kooperierten.

Ich traf ein muslimisches Mädchen aus Zabadani, das 2012 im Alter von 14 Jahren von «Rebellengruppen» entführt, immer wieder geschlagen und vergewaltigt wurde, die wütend waren, weil ihr Vater, ein Schafhirt, sich weigerte, ihnen sein Geld zu geben. Sie erlebte voller Schrecken, wie maskierte Männer ihren Vater in ihrem Wohnzimmer ermordeten und ihr gesamtes Magazin voll Patronen in ihn schossen.

Ich traf einen Buben, der entführt wurde, als er auf der Strasse ging, um Brot für seine Familie zu kaufen. Er wurde gefoltert, mit der Wasserfolter («waterboarding») und Stromschlägen, wurde an ein Kreuz gefesselt und ausgepeitscht, und das alles, weil er sich weigerte, den «Rebellen» zu helfen – er sagte ihnen, dass er in die Schule gehen wollte. Auf diese Weise behandeln die «Rebellen» die Menschen in Syrien, die nicht mit ihnen kooperieren oder deren Religion ihnen nicht passt.

den Menschen in Syrien so viel Leiden bringt.

Ich kehre zurück nach Washington, DC, mit noch grösserer Entschlossenheit, unseren illegalen Krieg zum Sturz der syrischen Regierung zu beenden. Vom Irak bis Libyen und jetzt Syrien haben die Vereinigten Staaten von Amerika Kriege mit dem Ziel von Regimewechsel geführt, von denen jeder zu unvorstellbarem Leiden, verheerendem Verlust von Leben und der Stärkung von Gruppen wie al-Qaeda und ISIS geführt hat.

Ich fordere den Kongress und die neue Administration auf, sofort auf die Bitten der Menschen Syriens zu reagieren und das Stop Arming Terrorists Act (Gesetz zur Beendigung der Bewaffnung von Terroristen) zu unterstützen. Wir müssen aufhören, direkt oder indirekt Terroristen zu unterstützen – direkt, indem wir Rebellengruppen, die mit al-Qaeda und ISIS verbunden sind, Waffen, Ausbildung und logistische Unterstützung zur Verfügung stellen, und indirekt durch Saudiarabien, die Golfstaaten

Fortsetzung von Seite 3
**Erklärung zum
 Syrienkonflikt...**

Metropole Mossul unter ihre Gewalt zu bringen, ist Russland aktiv auf der Seite der syrischen Regierung eingetreten. Denn es befürchtete zu Recht, es ginge auch in Syrien um einen Regime Change und um einen damit einhergehenden Verlust des russischen Militärstützpunkts im Mittelmeer.

• Bekanntlich hatte Präsident Obama den Einsatz von Chemiewaffen als «Rote Linie» der USA für ihren Kriegseintritt gegen Assad benannt. Als am 21. August 2013 bei einem Giftgas-Angriff in Ghuta bei Damaskus Hunderte von Menschen auf grausame Weise ums Leben kamen, schien der Casus Belli eingetreten zu sein. Obama kündigte an, auf den Einsatz chemischer Waffen durch das Assad-Regime mit «einem gezielten militärischen Schlag zu antworten.»

Indes konnte Seymour Hersh schon am 8. Dezember 2013 in einem langen Artikel im «London Review of Books» nachweisen, dass der Giftgas-Angriff in Ghuta nicht dem Assad-Regime angelastet werden kann, wie es bis heute geschieht. Nach Aussage des Ex-CIA-Agenten Ray Mc Govern, der zu den Chef-Analysten des CIA gehörte, konnten die mit Sarin bestückten Raketen, die angeblich aus einem Gebiet abgefeuert wurden, das unter der Kontrolle der Assad-Regierung stand, nicht von dort kommen. Assads Raketen hatten einfach nicht die nötige Reichweite. Auch handelte es sich nicht um den Typ Sarin, den die syrische Armee lagerte, wie eine spätere, vom britischen Geheimdienst M16 durchgeführte Labor-Analyse ergab. Und sollte ausgerechnet Assad so dumm und dreist gewesen sein, um vor den Augen der Weltöffentlichkeit selbst und eigenhändig den Kriegsgrund für die USA zu liefern und sein eigenes Todesurteil zu signieren?

Am 23. Oktober 2013 berichtete die türkische Zeitung «Todays Zaman» von der Pressekonferenz zweier Abgeordneter der «Republikanischen Volkspartei CHP, Eren Erdem und Ali Seker, auf der sie Dokumente und Audio-Kassetten vorlegen konnten, in denen Details beschrieben wurden, wie Sarin in der Türkei produziert und an die terroristische al-Nusra Front weitergegeben wurde. Ein ehemaliger Offizier vom Nachrichtendienst in den USA klärte Hersh über die Zusammenhänge auf: «Wir wissen jetzt, dass der Gasangriff vom 21. August eine verdeckte Aktion von Erdogans Leuten war, um Obama über die ‚Rote Linie‘ zu stossen.» (Man fühlt sich an die Propaganda-Lüge von den Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins erinnert, die der Bush-Regierung seinerzeit den Grund für den Einmarsch in den Irak geliefert haben.)

Am 31. August kündigte Obama im Rosengarten des Weissen Hauses überraschend an, dass der Angriff auf Syrien aufgeschoben würde und dass er erst das Votum des Kongresses einholen wolle. Inzwischen waren nämlich die Chemieproben aus Ghouta analysiert und vom britischen Geheimdienst weiter nach Porton Down, USA, und an General Martin Dempsey weitergeleitet worden. Auf Grund dieses Berichtes erklärte der US-General dem Weissen Haus: ein Angriff auf Syrien wäre ein ungerechtfertigter Akt der Aggression, denn das Sarin aus Ghouta stamme nicht aus den Arsenalen des syrischen Militärs. Obama wählte daraufhin den Plan B: Kein Bombenangriff, wenn Assad der Vernichtung all seiner chemischen Waffen unter Aufsicht der UNO zustimmen würde. Das Weisse Haus wollte jedoch seinen Irrtum nicht eingestehen. Das Assad-Regime musste auch nach diesem Kurswechsel für den Giftgas-Einsatz verantwortlich gemacht werden.



US-amerikanische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sagen: Hände weg von Syrien! Demo in Los Angeles vom September 2013. Foto Neon Tommy

• Es war schliesslich Russland und kein anderer Staat, das mit diplomatischem Geschick diesen Kurswechsel dazu nutzte, dass sämtliche Chemiewaffen Syriens unter Mitwirkung der USA und der Kontrolle der UN vernichtet wurden. Die Bemühung Russlands, die Massenvernichtungswaffen Syriens abzutüsten, war eine friedenspolitische Leistung, die indes von den Regierungen und Medien des Westens mit keinem Wort gewürdigt worden ist.

• Der Bundeswehrgeneral und ehemalige Vorsitzender des Nato-Militärausschusses Harald Kujat, konstatierte oft und zu Recht, dass durch den Kriegseintritt Russlands die Genfer Syrienkonferenz überhaupt erst möglich geworden ist. Russland und Iran haben sich darüber hinaus

wollen: Assad repräsentiert sämtliche religiösen Volksgruppen und Minderheiten, insbesondere Aleviten, Christen, Yeziden und andere in Syrien, die sein Regime wegen seines erklärten Laizismus unterstützen und von ihm auch erwarteten, nicht einfach das Feld zu räumen und es dem IS zu überlassen mit der sicheren Aussicht einer dann zu erwartenden Massenabschlachtung der religiösen Minderheiten und Aleviten.

• Prof. Günter Meyer, langjähriger Leiter des Zentrums für Forschung zur Arabischen Welt an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, erklärte in einem Interview am 15.01.2017 mit der heute-Redaktion: «Ohne die militärische Intervention Russlands im September 2015 wäre inzwischen nicht nur Aleppo komplett von den

vilisten starben. Zwar widerstrebt es uns, die Toten beider Seiten gegeneinander aufzurechnen. Doch angesichts der einseitigen antirussischen Berichterstattung und Propaganda in den West-Medien muss daran erinnert werden, dass 40 000 irakische Zivilisten – mindestens viermal so viel wie in Aleppo – seit August 2014 durch die Bomben der US-Geführten Koalition starben. Davon allein 15 000 in der Region Mosul. Seit 1980 haben allein die USA 14 muslimische Länder überfallen, besetzt oder bombardiert. Nicht ein einziges Mal griff in den letzten zwei Jahrhunderten ein muslimisches Land den Westen an.

«Die deutsche Bundesregierung», schreibt Jürgen Todenhöfer, «sitzt wie der gesamte westliche Mainstream in der ‚Fankurve‘ der USA und betreibt ‚Fankurven-Politik‘: Danach sind amerikanische Bomben gute Bomben, russische Bomben böse Bomben. Moralische Objektivität darf man von Fans nicht erwarten... Al-Quaida und der IS haben in den letzten 20 Jahren mit ihren Terroranschlägen im Westen rund 5000 Menschen ermordet. Inklusiv der Anschläge vom 11. September 2011. Wir haben uns zu Recht über diese Anschläge entsetzt... Aber der Westen hat laut Organisation ‚Ärzte gegen den Atomkrieg‘ seit 2001 allein im Irak, in Afghanistan und in Pakistan den Tod von 1,3 Millionen Menschen auf dem Gewissen. Doch es waren eben ‚nur‘ Iraker, Afghanen, Pakistaner.» (zit. nach der Freitag, 5. Januar 2017)

Auch bei der Evakuierung der Rebellen durch syrische, iranische und russische Militärs haben wir in den hiesigen Medien immer nur von einer schuldigen Kriegspartei gehört: Russland und Iran. Als aber die Rebellen für jedermann ersichtlich acht syrische Busse, die zur Evakuierung der Rebellen und ihrer Familien gekommen waren, in Brand geschossen haben, waren die selben Medien plötzlich sprachlos, es gab kaum Berichte darüber, warum die Rebellen diese Tat begangen haben.

• Wenige Tage nachdem die Evakuierung Aleppos als beendet erklärt wurde, haben bei ihrem Treffen in Ankara Russland, die Türkei und Iran eine Garantie dafür angeboten, dass ab jetzt der Syrienkonflikt auf diplomatischem Wege und durch Verhandlungen beendet werden sollte. Auch hier müssen wir mit Bitterkeit feststellen, dass sich kein einziger westlicher Politiker darum bemüht hat, Wladimir Putin, Hassan Rouhani und Recep Tayyip Erdogan beim Wort zu nehmen und ihr Garantieangebot als wichtig und konstruktiv hervorzuhe-

ben. Westliche Politikerinnen und Politiker scheinen nicht in der Lage zu sein, auf solche friedenspolitisch sehr wichtigen Signale zu reagieren.

Es befremdet uns ausserordentlich, dass die West-Medien, auch die UnterzeichnerInnen des antirussischen Aufrufs, mit keinem Wort die fatale US-amerikanische Politik des Regime Change im Nahen und Mittleren Osten erwähnen, geschweige denn kritisieren. Sind doch das offenkundige Ergebnis dieser Politik lauter «failed states», sog. gescheiterte Staaten, die den Nährboden für die weitere Ausbreitung des Terrorismus und den Hauptgrund für die anhaltenden Flüchtlingsströme bilden. Wie blind – fragen wir – muss man eigentlich sein, um eine schwer zu leugnende Realität zu übersehen? Dem Syrien-Experten Prof. Günter Meyer wie auch Michael Lüders zufolge, dem kenntnisreichsten Mittel- und Nahostexperten in Deutschland, tragen die US-Regierung mit George W. Bush die Hauptverantwortung auch für den Syrienkrieg, weil sie mit dem Einfall in den Irak unmittelbar die Rahmenbedingungen für die Entstehung des IS geschaffen haben.

Die USA und Deutschland haben Saudi-Arabien, den Hauptwaffenlieferanten des IS und anderer Terrorgruppen, die am Syrienkrieg beteiligt sind, seit 2010 mit über 130 Milliarden Dollar massiv aufgerüstet und damit einem gefährlichen Wettrüsten im Mittleren Osten kräftigen Aufschub erteilt.

Es braucht ein System der gemeinsamen Sicherheit

Der katholische Theologe Eugen Drewermann hat diese Politik kürzlich in einem Interview auf den Punkt gebracht: «Bereits 1991 stellte Paul Wolfowitz, Berater mehrerer US-Präsidenten und späterer Weltbankchef, eine höchst korrupte Persönlichkeit, die Agenda auf, die jetzt abgearbeitet wird: wie man den Irak und Syrien zerstört, wie man Libanon, die Hisbollah destabilisiert, Libyen angreift, den Iran dazwischen nimmt. Man kann von Glück sagen, dass Obama gegen Ende seiner Amtszeit diesen Spuk beendete, hatten doch die Israelis alle paar Tage damit gedroht, der angeblichen atomaren Gefahr, die vom Iran ausgeht, durch einen Grossangriff zu begegnen.» (www.junge-welt.de/2016/12.14/069.php)

Angesichts all dieser Tatsachen und des neuen Kalten Krieges zwischen dem Westen und Russland, der immer mehr Fahrt aufzunehmen scheint, sind wir ausserordentlich besorgt über die einseitige pro-westliche und anti-russische Parteinahme wider besseren Wissens.

Wir rufen deshalb alle gesellschaftliche Gruppen dazu auf, sich zusammen mit der Friedensbewegung für konflikt- und kriegsvorbeugende Wege in die politischen Auseinandersetzungen einzubringen, die es z. B. für den Mittleren Osten schon immer gegeben hat und auch heute noch gibt: Gemeint ist eine internationale Initiative für Kooperation und gemeinsame Sicherheit für den gesamten Mittleren und Nahen Osten, die die absehbare Entwicklung in der Region als weltpolitisches Pulverfass verhindert hätte. Auch heute müsste eine solche Perspektive vor den Anfang einer jeden Genfer Syrienkonferenz gestellt werden.

Prof. Dr. Elmar Altwater, Prof. Dr. Rudolph Bauer, Prof. Dr. Armin Bernhard, Dr. Axel Bust Bartels, Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Prof. Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. Wolfgang F. Haug, Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Prof. Dr. John P. Neelsen, Prof. Dr. Norman Paech, Prof. Dr. Michael Schneider, Dr. Fritz Storim, Prof. Dr. Frieder Otto Wolf

Berlin, 25. Januar 2017



«Hände weg von Syrien! Stoppt die imperialistischen Pläne im Mittleren Osten» (Plakat des Weltbundes der Demokratischen Jugend WBDJ).

auch grosse Mühe gegeben, um den Syrienkrieg diplomatisch und auf dem Verhandlungswege zu beenden. Sie haben Vorschläge für mehrtägige Waffenruhen in Aleppo immer wieder akzeptiert, während die Rebellen die Waffenruhe für ihre weitere Aufrüstung missbrauchten. Aber die westlichen Verbündeten, Saudi Arabien, die Golfstaaten, Israel und vor allem die bewaffneten Rebellen waren es, die jegliche Verhandlungen mit Assad ablehnten und seinen Sturz zur Vorbedingung für Verhandlungen machten. Dem Westen und den USA fehlte offensichtlich der Wille, ihre Krieg und Unruhe stiftenden Verbündeten zu einer Verhandlung mit Assad zu zwingen. Dabei müsste es jedem Politiker mit Weitsicht und Verstand sonnenklar gewesen sein, dass Assad überhaupt nicht zurücktreten kann, selbst wenn er wollte. Man hat es im Westen nie verstanden oder verstehen

Dschihadisten erobert worden. Auch das Assad-Regime wäre längst zusammengebrochen. Damit hätten die Assad-Gegner unter Führung der USA ihr Ziel des Regimewechsels zwar erreicht. Die Macht hätten jedoch die stärksten militärischen Kräfte an sich gerissen. Und das wären die islamistischen Extremisten, wie die zum Al-Kaida-Netzwerk gehörende Nusra-Front und der von der internationalen Allianz unter US-Führung bekämpfte Islamische Staat (IS). Wem, wie israelische Politiker erklärten, eine solche Terrorherrschaft lieber ist als das Assad-Regime, der kann Putin vorwerfen, dass er dies verhindert hat.»

• Freilich ist es mehr als zu beklagen, dass dabei Krankenhäuser und andere zivile Einrichtungen zerstört wurden und seit September 2015 durch die Bomben Russlands in Ost-Aleppo und Idlib bis zu 10 000 syrische Zi-

SFB im Exekutivkomitee des Weltfriedensrates

Einheit in den Grundprinzipien

Vom 18. – 20. November 2016 tagten in Sao Luiz, im brasilianischen Bundesstaat Maranhao, Weltfriedensversammlung und Kongress des Weltfriedensrates. Die Schweizerische Friedensbewegung (SFB), die durch Pierre Marbacher an beiden Tagungen vertreten war, wurde in das neu gewählte Exekutivkomitee des Weltfriedensrates berufen und wird eines der Vizepräsidien bestellen können.

Von Martin Schwander

Für Pierre Marbacher war es sozusagen ein Heimspiel. Zu Beginn der 80er Jahre war der Sohn eines Schweizer Interbrigadisten nach Brasilien ausgewandert und begründete in Salvador de Bahia Existenz und Familie. 2009 kehrte er in seine bernische Heimat zurück und beteiligte sich seither ak-

Atlantikküste verschiedene Restaurationsbetriebe aufgebaut hatte. «Aber über meine Eltern, die sich beide in der PdA engagierten, stand mir die Friedensarbeit immer nahe.»

Nach der Millionenstadt San Luiz, dem Tagungsort von Weltfriedensversammlung und WFR-Kongress, fuhr Pierre Marbacher zum ersten Mal. «Der Bundesstaat Maranhao liegt

stark unterstützt wird und sich viele ihrer Mitglieder an vorderster Front in der Brasilianischen Friedensbewegung CEBRAPAZ (Brasilianisches Zentrum für die Solidarität mit den Völkern und den Kampf für den Frieden) engagieren würden, habe man durch den ganzen Kongress hindurch verspüren können, meint Pierre Marbacher. «So hielt beispielsweise Flávio Dino, der Gouverneur von Maranhao, die Eröffnungsansprache und später wurden sämtliche Delegierte von ihm im Gouverneurspalast zu einem Galadiener empfangen.»

Versammlung und Kongress selbst fanden in einem der grossen Hotels von San Luiz statt. «Leider wurde fast ausschliesslich im Plenum gearbeitet und nur nach Kontinenten getrennt in Workshops», bedauert Pierre Marbacher die geringe Möglichkeit von vertieften Diskussionen. «Die Vertreter aus etwa 40 Ländern nahmen im Plenum eher zu grundsätzlichen friedenspolitischen Fragen Stellung als dass sie von der konkreten Friedensarbeit in ihrer Heimat berichtet hätten. Das führte zu häufigen Wiederholungen, da sich die Positionen innerhalb des Weltfriedensrates in diesen grundsätzlichen Fragen wohl kaum gross unterscheiden.» Immerhin gab es auch hier stets wieder interessante Informationen, etwa zu den schädlichen Auswirkungen der ausländischen Militärstützpunkte auf den Alltag der in ihrer Umgebung lebenden Menschen.

Der Austausch über die realen Arbeitsbedingungen für die Friedenskräfte in ihren Ländern fand hingegen praktisch nur in den Kontinentaltreffen statt. «Ich war einer der wenigen, die im Plenum etwas konkreter wurden, indem ich von unserer Zeitung berichtete, über unsere Erfahrungen mit dem Weltfriedenstag, über unsere



Blick in den Plenarsaal des WFR-Kongresses. Foto wpc-in.org

tiv in der Solidaritätsarbeit mit Kuba und Venezuela.

Damit war auch die Schnittmenge mit der Schweizerischen Friedensbewegung rasch gefunden und der 61jährige zögerte nicht lange, als die SFB ihn anfragte, ob er sie an der Weltfriedensversammlung und dem Kongress des Weltfriedensrates in San Luiz vertreten möchte. «Ich habe mich zwar bisher nicht als aktives Mitglied der Friedensbewegung verstanden», meinte der gelernte Forstwart, der an der brasilianischen

ganz im Norden Brasiliens, unterhalb der Mündung des Amazonas, und damit etwas abseits der Metropolen. Die Wahl ist aber wohl nicht von ungefähr auf San Luiz gefallen: Seit 2014 wird der Bundesstaat Maranhao von einem Mitglied der Kommunistischen Partei Brasiliens (PCdoB) geführt. Von den 217 grössten Kommunen Maranhos werden 46 gänzlich von der PCdoB regiert und weitere 107 in Koalition mit ihr.»

Dass die Friedens- und Solidaritätsarbeit in Brasilien durch die PCdoB

Gegen die Israelische Siedlungspolitik (I)

WFR: Straflosigkeit beenden

In einer Resolution weist der Weltfriedensrat (WFR) den Entscheid des israelischen Parlamentes, den Raub von palästinensischem Grundeigentum per Gesetz zu «legalisieren», aufs Schärfste zurück. Der Weltfriedensrat «bekundet dem palästinensischen Volk in seinem Kampf für die Befreiung seiner unverbrüchlichen Solidarität» und fordert an der Seite der palästinensischen und israelischen

Friedensbewegung die internationale Gemeinschaft dazu auf, ihren Widerstand gegen die Besetzung des palästinensischen Territoriums zu verstärken. Die Beschlüsse des israelischen Parlamentes stünden in direktem Gegensatz zur jüngsten Resolution 2334 des UNO-Sicherheitsrates und machten jede Chance zur Gründung eines unabhängigen und souveränen Staates Palästinas, wie sie von mehr

als 140 Nationen unterstützt wird, zunichte.

Vor den Strafgerichtshof

Der Weltfriedensrat fordert, dass der Internationale Strafgerichtshof der israelischen Straflosigkeit ein Ende setzt und gegen die zionistische Führung ein Verfahren wegen Kriegsverbrechen in den besetzten Gebieten Palästinas aufnimmt. (www.wpc-in.org)

Gegen die Israelische Siedlungspolitik (II)

EDA für Zweistaatenlösung

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) ist der Ansicht, dass das vom israelischen Parlament am 6. Februar 2017 verabschiedete Gesetz, das den Bau von Siedlungen und namentlich zahlreicher Aussenposten auf palästinensischem Privatland im Besetzten Palästinensischen Gebiet nach israelischem Recht legalisiert, die Aussicht auf eine Zweistaatenlösung, für die sich das EDA einsetzt, zusätzlich erschwert.

In einer Pressemitteilung vom 8. Februar 2017 wird festgehalten: «Schon vor der Verabschiedung des Gesetzes hatte das EDA gegenüber den israelischen Behörden wiederholt seine Besorgnis zum Ausdruck gebracht. Das Gesetz, das rückwirkende Kraft hat, soll erstmals die Enteignung palästinensischen Privatlands nach israelischem Recht legalisieren in der expliziten Absicht, Siedlungen

im Besetzten Palästinensischen Gebiet zu errichten. Das Gesetz würde die Daseinsberechtigung Tausender illegaler Wohnungen dauerhaft bestätigen. Ausserdem könnte es zu einer beträchtlichen Erhöhung der Anzahl Siedlungen in weiteren Teilen des Westjordanlands führen.

Das EDA erinnert daran, dass alle israelischen Siedlungen im Besetzten Palästinensischen Gebiet und auch die Aussenposten gemäss dem humanitären Völkerrecht illegal sind. Diese Position wurde insbesondere in der Resolution 2334 des UNO-Sicherheitsrats bekräftigt. Die Siedlungen verletzen die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der palästinensischen Bevölkerung sowie ihr Recht auf Selbstbestimmung.» Israel, so das EDA, solle seine völkerrechtlichen Pflichten einhalten und die Rechtmässigkeit dieses Gesetzes prüfen.

Das EDA sieht durch das Gesetz den Friedensprozess zusätzlich erschwert und die Zweistaatenlösung bedroht. «Das Vertrauen auf das Engagement der israelischen Regierung zugunsten der Zweistaatenlösung wird dadurch infrage gestellt. Nach Auffassung der Schweiz kann nur eine auf dem Verhandlungsweg erzielte Zweistaatenlösung einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Israelis und Palästinensern schaffen.» Das EDA fordert die israelische Regierung auf, ihr Engagement für eine Zweistaatenlösung zu bekräftigen, statt sie durch einseitige Massnahmen zu untergraben. Unterstützung finde diese Position im letzten Bericht des Nahostquartetts und in einer gemeinsamen Erklärung, die am 18. Januar in Paris von über siebzig Staaten und internationalen Organisationen, darunter die Schweiz, unterzeichnet worden sei. ([Quelle: www.admin.ch](http://www.admin.ch))



Zufällig getroffen: SFB-Vertreter Pierre Marbacher am Flughafen von Rio mit dem Befreiungstheologen Leonardo Boff.

Aktivitäten gegen Rüstungsgeschäfte, für die internationale Solidarität, über die Zusammenarbeit mit anderen Friedenskräften etc. Das wurde sehr geschätzt und der Vertreter des Friedensrates der USA, Al Marder, hat mir anschliessend gratuliert.»

Überhaupt seien einer der grossen Gewinne eines solch breiten Treffens die Begegnungen während der Pausen oder der zahlreichen Rahmenprogramme. «Ich habe dabei faszinierende Menschen kennengelernt, etwa die Vertreterin der Friedensschulen aus Kolumbien, Myriam Parada Ávila, deren Friedenseinsatz unter gefährlichsten Bedingungen stattfindet.»

Erstaunt war Pierre Marbacher über die altersmässige Zusammensetzung des WFR-Kongresses. «Ich wurde vorgewarnt, es würden sich dort in erster Linie ältere Herren treffen.



Das war aber überhaupt nicht der Fall. Zum einen hielten sich Männer und Frauen unter den Teilnehmenden in etwa die Waage und dann waren auch die verschiedenen Generationen ziemlich ausgewogen vertreten. Insbesondere unter dem Gastgeberland war die Jugend sehr präsent.»

Während der Kontinentaltreffen wurden verschiedene Aktionsvorschläge gemacht, die gesammelt und in eine ausführliche Schlussresolution verpackt wurden. Diese Schlussreso-

lution mit ihren 61 Abschnitten kann auf der Homepage des Weltfriedensrates eingesehen und heruntergeladen werden (in englischer Sprache, <http://www.wpc-in.org/documents/wpc-assembly-political-declaration>).

Nach Verabschiedung des Dokuments, welches den Weltherrschaftsbestrebungen der USA, der NATO und der EU die Forderung nach Auflösung der politisch-militärischen Blöcke und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, nationale Souveränität und Unabhängigkeit entgegengesetzt, wurden die Organe des WFR neu bestellt. Dabei wurde die Schweizerische Friedensbewegung SFB erstmalig in das Exekutivkomitee des Weltfriedensrates gewählt und soll auch im Vizepräsidium Einsitz nehmen. Als Präsidentin des Weltfriedensrates bestätigt wurde das langjährige Mitglied der brasilianischen Abgeordnetenversammlung und ehemalige Vizepräsidentin der PCdoB, die 65jährige Maria Socorro Gomes.

In Kürze

Frieden zu politisch

Werbung für den Frieden transportiere eine Weltanschauung und komme für den MDR deshalb nicht in Frage, wurde der deutschen Tageszeitung junge Welt (jW) vom öffentlichen-rechtlichen Sender Mitte Februar beschieden. Anlässlich des siebzigjährigen Bestehens der Zeitung wollte jW u.a. mit Radiospots auf sich aufmerksam machen.

Ohne den MDR allerdings, denn dieser lehnte vier der sechs gebuchten Radiospots ab. Die Motive seien nach der Einschätzung der MDR-Juristen nicht zulässig, da durch Aussagen im Spot wie beispielsweise «Zeitung gegen Krieg» eine Weltanschauung transportiert werde, teilte der Mitteldeutsche Rundfunk dem Verlag mit. Wer die abgelehnten Radiospots kennenlernen möchte: auf www.jungewelt.de stehen sie zum Download und zum Anhören zur Verfügung.

Schweizerische Friedensbewegung SFB
Jahrestagung 2017

Samstag, 13. Mai 2017, 16.00 Uhr
Restaurant Rebhaus (Saal)
Riehentorstr. 11, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Traktanden:

Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen
Wahl des Vorstandes • Ausblick und Anregungen

Anschliessend gemeinsames Abendessen.
Die Jahresversammlung ist öffentlich.
Interessierte sind herzlich eingeladen!

28.12.16



«Fidel gehörte wie Nelson Mandela zu dieser Generation mythischer Rebellen, die das Ideal der Gerechtigkeit verfolgten.» Foto invent-the-future.org

Fidel Castro (1926 – 2016)

Der Fidel, den ich kannte

Der spanische Journalist und Medienwissenschaftler Ignacio Ramonet, Herausgeber von «Le Monde diplomatique», zum Tod von Kubas Revolutionsführer Fidel Castro.

Von Ignacio Ramonet

Fidel ist gestorben, aber er ist unsterblich. Nur wenigen Menschen wurde die Ehre zuteil, bereits zu Lebzeiten zur Legende zu werden und in die Geschichte einzugehen. Fidel ist einer von ihnen. Er gehörte zu dieser Generation mythischer Rebellen – Nelson Mandela, Patrice Lumumba, Amílcar Cabral, Che Guevara, Camilo Torres, Turcios Lima, Ahmed Ben Barka – die das Ideal der Gerechtigkeit verfolgten und sich in den 1950er Jahren mit dem Ziel und der Hoffnung in die politische Aktion stürzten, eine Welt der Ungleichheiten und Diskriminierungen zu ändern, die vom Beginn des Kalten Krieges zwischen der Sowjetunion und den USA geprägt war. In jener Epoche erhoben sich auf dem halben Planeten die unterdrückten Völker, wie in Vietnam, in Algerien, in Guinea-Bissau. Die Menschheit war grösstenteils noch immer der Infamie der Kolonisierung unterworfen. Fast ganz Afrika und Teile Asiens waren noch immer beherrscht und überrollt von den alten westlichen Imperien. Zugleich wurden die Nationen Lateinamerikas, die theoretisch seit 150 Jahren unabhängig waren, weiterhin von privilegierten Minderheiten ausgebeutet, sozialer und ethnischer Diskriminierung und oft blutigen Diktaturen unter dem Schutz Washingtons unterworfen.

Fidel hielt dem Sturmangriff von nicht weniger als zehn US-Präsidenten stand (Eisenhower, Kennedy, Johnson, Nixon, Ford, Carter, Reagan, Vater Bush, Clinton und Sohn Bush). Er unterhielt Beziehungen zu

den wichtigsten Führungspersönlichkeiten, die die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg prägten (Nehru, Nasser, Tito, Chruschtschow, Olaf Palme, Ben Bella, Boumedienne, Arafat, Indira Gandhi, Salvador Allende, Breschnew, Gorbatschow, François Mitterrand, Johannes Paul II, König Juan Carlos, etc.). Und er kannte viele der bedeutendsten Intellektuellen und Künstler seiner Zeit (Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Arthur Miller, Pablo Neruda, Jorge Amado, Rafael Alberti, Guayasamin, Cartier-Bresson, José Saramago, Gabriel Garcia Marquez, Eduardo Galeano, Noam Chomsky, etc.) persönlich.

Unter seiner Leitung konnte sein kleines Land (100 000 Quadratkilometer, elf Millionen Einwohner) eine Politik von grosser Wirkungskraft auf weltweiter Ebene entwickeln und auch einen Impuls Richtung USA geben, deren Führer es weder vermochten, den Weg der Kubanischen Revolution niederzumachen, noch ihn zu verändern. Und schliesslich mussten sie im Dezember 2014 das Scheitern ihrer antikubanischen Politiken und ihre diplomatische Niederlage eingestehen und einen Prozess der Normalisierung beginnen, der die Respektierung des kubanischen politischen Systems beinhaltet.

Im Oktober 1962 brach wegen der Haltung der USA, die gegen die Stationierung von sowjetischen Atomraketen auf Kuba protestierten, fast der Dritte Weltkrieg aus. Ihre Funktion war vor allem, eine weitere militärische Landung wie in der Playa Girón (Schweinebucht) oder eine direkt von

den US-Streitkräften zum Sturz kubanischen Revolution durchgeführte Intervention zu verhindern.

Seit mehr als 50 Jahren erlegt Washington (trotz der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen) Kuba ein verheerendes Handelsembargo auf – in den 1990er Jahren noch verstärkt durch die Helms-Burton und Torricelli-Gesetze – das seiner normalen wirtschaftlichen Entwicklung im Weg steht. Mit tragischen Folgen für seine Einwohner. Washington führt zudem weiterhin einen ständigen ideologischen und medialen Krieg gegen Havanna mittels seiner starken Radio- und TV-Sender «Martí», die in Florida installiert sind, um Kuba mit Propaganda zu überschwemmen wie in den schlimmsten Zeiten des Kalten Krieges. Andererseits haben verschiedene gegen Kuba gerichtete terroristische Organisationen – Alpha 66 und Omega 7 – in Florida ihren Sitz, wo sie Trainingslager haben und von wo aus sie regelmässig bewaffnete Kommandos schicken, um Attentate zu begehen – mit der passiven Komplizenschaft der US-Behörden. Kuba gehört zu den Ländern, in denen es in den vergangenen 60 Jahren am meisten Terroropfer gab (etwa 3 500) und das am meisten unter dem Terrorismus gelitten hat.

Angesichts dieses massiven und ständigen Angriffs hat die kubanische Regierung im Innern die Einheit bis aufs Äusserste hochgehalten. Und hat auf ihre Weise das Motto von San Ignacio de Loyola angewandt: «In einer belagerten Festung ist jede Spaltung Verrat.» Aber es gab bis zum Tod Fidels niemals Personenkult. Weder ein offizielles Porträt, noch Statue, Briefmarke, Geld, Strasse, Gebäude oder Denkmal mit dem Namen oder der Abbildung von Fidel oder anderen lebenden Revolutionsführern.

Kuba, das kleine Land, dem seine Souveränität am Herzen liegt, hat unter der Leitung von Fidel Castro trotz der ständigen Feindseligkeiten von aussen bemerkenswerte Ergebnisse in der menschlichen Entwicklung erreicht: Abschaffung des Rassismus, Emanzipation der Frau, Beseitigung des Analphabetismus, drastische Reduzierung der Kindersterblichkeit, Anhebung des allgemeinen kulturellen Niveaus ... Was Bildung, Gesundheit, medizinischen Forschung und Sport angeht gehört Kuba zur Gruppe der effizientesten Nationen.

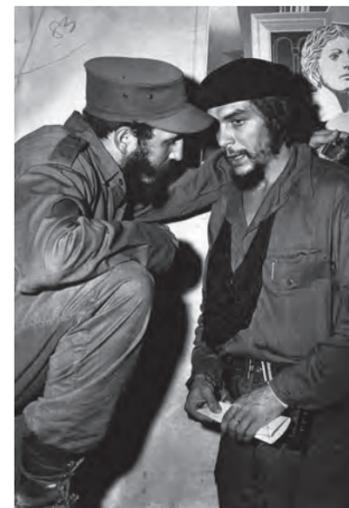
Kubas Diplomatie ist weiterhin einer der aktivsten der Welt. Havanna hat in den 1960er und 70er Jahren den Guerillakampf in vielen Ländern Zentral- und Südamerikas unterstützt (El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Kolumbien, Venezuela, Bolivien, Argentinien). Die kubanischen Streitkräfte haben an grossen Militärrä-

onen teilgenommen, besonders in den Kriegen in Äthiopien und Angola. Seine Intervention in Angola führte zur Niederlage der Elitedivisionen der Republik Südafrika, was unbestreitbar den Fall des rassistischen Apartheidregimes beschleunigte. Die kubanische Revolution, deren Ideengeber, Theoretiker und Anführer Fidel Castro war, ist heute wegen ihrer Erfolge und trotz ihrer Mängel ein wichtiger Bezugspunkt für Millionen Enterbter des Planeten. Hier oder dort, in Lateinamerika und anderen Teilen der Welt, protestieren und kämpfen Frauen und Männer und sterben zuweilen im Versuch, Systeme aufzubauen, die vom kubanischen Modell inspiriert sind.

Der Fall der Berliner Mauer 1989, das Verschwinden der Sowjetunion 1991 und das historische Scheitern des Staatssozialismus änderten den Traum Fidels nicht, in Kuba eine neue Gesellschaft aufzubauen, gerechter, gesünder, gebildeter, ohne Privatisierungen und Diskriminierungen jeder Art und mit einer umfassenden Kultur. Bis kurz vor seinem Tod im Alter von 90 Jahren, blieb er mobilisiert in der Verteidigung der Ökologie und der Umwelt, gegen die neoliberale Globalisierung, er blieb im Schützengraben in der vordersten Linie, führte die Schlacht für die Ideen, an die er glaubte und von denen ihn nichts und niemand abbringen konnte.

Im weltweiten Pantheon, der denjenigen gewidmet ist, die mit der grössten Verpflichtung für soziale Gerechtigkeit gekämpft und die grösste Solidarität zugunsten der Unterdrückten der Erde aufgebracht haben, hat Fidel Castro – ob es seinen Verleumdern gefällt oder nicht – einen reservierten Platz.

Ich habe ihn 1975 kennengelernt und bei vielen Gelegenheiten mit ihm gesprochen aber lange Zeit unter beruflichen und ganz konkreten Umständen, anlässlich von Reportagen auf der Insel oder bei der Teilnahme



Tiefe Freundschaft: Fidel und der Che. Foto archiv

an einem Kongress oder einem anderen Ereignis. Als wir beschlossen, das Buch «Fidel Castro. Biografía a dos voces» (oder «Cien horas con Fidel») zu machen, lud er mich an mehreren Tagen zu verschiedenen Rundfahrten ein. Sowohl in Kuba (Santiago, Holguin, Havanna) als auch im Ausland (Ecuador). Im Auto, im Flugzeug, beim Mittag- oder Abendessen sprachen wir lange. Ohne Aufnahmegerät. Über alle möglichen Themen, die Tagesnachrichten, seine Erfahrungen in der Vergangenheit und seine aktuellen Besorgnisse. Das habe ich später aus dem Gedächtnis in meinen Heften rekonstruiert. Danach sahen wir uns drei Jahre lang sehr oft, mindestens für mehrere Tage alle drei Monate. So entdeckte ich Fidel von nahem. Fast schüchtern. Sehr gebildet. Aufmerksam jedem Gesprächspartner zuhörend. Immer achtsam gegenüber den anderen und vor allem zu seinen Mitarbeitern. Ich habe nie gehört, dass

er laut wurde. Oder einen Befehl gab. Mit höflichen Manieren und Gesten. Ein Kavalier. Mit einem grossen Sinn für Ehrenhaftigkeit. Der spartanisch lebte. Einfaches Mobiliar, gesundes, einfaches Essen. Eine Lebensweise wie ein Mönch-Soldat.

Sein Arbeitstag endete gewöhnlich um sechs oder sieben Uhr morgens, wenn der Tag erwachte. Mehr als einmal unterbrach er unser Gespräch nachts um zwei oder drei Uhr, weil er noch an einigen «wichtigen Treffen» teilnehmen musste ... Er schlief nur vier Stunden und ab und zu eine oder zwei Stunden irgendwann am Tag.

Aber er war auch ein Frühaufsteher. Und unermüdlich. Reisen, Ortsveränderungen, Treffen reihten sich ohne Unterbrechungen aneinander. In schnellem Rhythmus. Seine Assistenten – alle jung und brillant, etwa 30 Jahre alt – waren am Ende des Tages erledigt. Sie schliefen im Stehen ein. Nicht in der Lage, dem Rhythmus dieses unermüdlichen Giganten zu folgen.

Fidel beanspruchte Memos, Berichte, Faxe, Nachrichten, Statistiken, Zusammenfassungen von Fernseh- oder Radiosendungen, Telefonate ... Er hörte nicht auf nachzudenken, zu grübeln. Immer wachsam, immer in Aktion, immer an der Spitze eines kleinen Generalstabes – bestehend aus seinen Assistenten und Helfern – zog er in die nächste Schlacht. Immer voller Ideen. Das Undenkbare denkend. Sich das Unvorstellbare vorstellend. Mit einer aussergewöhnlichen gedanklichen Kühnheit.

Wenn ein Projekt einmal bestimmt war, konnte ihn kein Hindernis aufhalten. Die Verwirklichung geschah aus eigenem Antrieb. «Die Verwaltung folgt später», sagte Napoleon. Fidel genauso. Sein Enthusiasmus war mitreissend. Er beflügelte den Willen. Wie ein fast magisches Phänomen sah man Ideen materiell, zu greifbaren Tatsachen, zu Dingen, Geschehnissen werden. Seine rhetorische Fähigkeit, die so oft beschrieben wurde, war erstaunlich. Phänomenal. Ich spreche nicht von seinen wohl bekannten politischen Reden. Sondern von einem einfachen Gespräch am Tisch. Fidel war ein Sturzbach an Worten. Eine Lawine. Begleitet von der wunderbaren Gestik seiner feingliedrigen Hände.

Ich gefiel die Präzision, die Exaktheit. Bei ihm gab es keine Ungenauigkeiten. Ein eindrucksvolles Gedächtnis mit einer ungewöhnlichen Präzision. Überwältigend. So immens, dass es sogar manchmal unmöglich schien, zusammenfassend zu denken. Sein Denken war verzweigt. Alles hing zusammen. Alles hatte mit allem zu tun. Ständige Abschweifungen. Permanente Einschübe. Er entwickelte ein Thema assoziativ, an dieses Detail erinnernd, an jene Situation oder Person, ein paralleles Thema anscheinend und noch eins und noch eins und noch eins. Bis dahin, dass der Gesprächspartner für einen Moment fürchtete, den Faden verloren zu haben. Aber dann vollzog er die Schritte nach und kam mit einer überraschenden Lockerheit auf die Ursprungsidee zurück.

Fidel setzte zu keinem Zeitpunkt im Verlauf der mehr als hundert Stunden unserer Gespräche irgendeine Grenze, was die zu behandelnden Fragen anging. Als Intellektueller von grossem Kaliber, der er war, fürchtete er die Diskussion nicht. Im Gegenteil, er forderte sie, stiess sie an. Immer bereit, sich mit wem auch immer zu streiten. Mit viel Respekt vor dem Anderen. Mit viel Sorgfalt. Und er war ein furchterregender Diskutant und Polemiker. Mit Argumenten in rauen Mengen. Den nur die Unredlichkeit und der Hass abstiessen.

Quelle: Amerika21. Übers. Eva Haule
Ignacio Ramonet, «Fidel Castro – Mein Leben», Rotbuch Verlag, Berlin 2008



carteles cubanos
por la paz y contra la guerra
affiches cubaines
pour la paix et contre la guerre
kubanische plakate
gegen den krieg und für den frieden

Vierfarbige Broschüre,
48 Seiten im Format A4. Reich illustriert.
Texte spanisch, deutsch und französisch.
Dazu 20 lose Poster im Format A3.

Gesamtpreis inkl. Versand: Fr. 20.–

Bestellung über
061 681 03 63 resp. sfb@bluwin.ch

Vereinigung Schweiz-Cuba VSC | Schweizerische Friedensbewegung SFB

Noam Chomsky: «Weil wir es so sagen» Klare Widerworte

Antoinette Mächtlinger hat für uns Noam Chomskys «Texte gegen die amerikanische Weltherrschaft im 21. Jahrhundert» gelesen und viele Bezüge zur aktuellen Entwicklung in den USA gefunden.

Von Antoinette Mächtlinger

Es ist wohl müssig, Noam Chomsky vorzustellen, ist er doch weltbekannt nicht nur als Linguist, sondern auch als einer der wichtigsten Analytiker und Weiterdenker des Zeitgeschehens. In der vorliegenden Textsammlung von 2016 (2. Auflage) sind Vorträge und Aufsätze von Dezember 2011 bis September 2014 zusammengestellt. Nicht neu, aber aktuell. Chomsky, der Denker, Wissenschaftler, Politiker von Aristoteles bis Snowden zu Rate zieht, überrascht immer wieder mit seinem Weitblick. Als US-Amerikaner spricht er oft von «wir», warnend, in tiefer Besorgnis. Angesichts der Vielfalt an Themen beschränken wir uns hier auf drei Schwerpunkte.

Konzept des Irrationalen

Im November 2013 sieht Chomsky eine «drastische Verschiebung der politischen Klasse nach rechts». Er zitiert Norman Ornstein, der die heutigen Republikaner beschreibt als «radikale Aufstandsbewegung aus ideologischen Extremisten, die für Tatsachen und Kompromisse nur Spott und Hohn und für ihre politischen Gegner nur Geringschätzung übrig haben.» Chomsky fährt fort: «Die Partei ist ausschliesslich den Superreichen und der Unternehmenseite hörig und dienstbar. (...) Verrückt zu sein ist unter den Mitgliedern der Tea Party und einer ganzen Reihe anderer Gruppen ausserhalb des Mainstream ganz normal.» Solche Gruppierungen können die Republikaner «als Rammbock einsetzen: für Privatisierungen, Liberalisierungen und zur Beschneidung des Einflusses der Regierung, ausser jener Teile, die den Reichen und Mächtigen dienen, wie das Militär.»

An anderer Stelle befasst der Autor sich mit der US-Atomwaffen seit dem Ende des Kalten Krieges: «In diesem Sinne werden Atomwaffen ständig eingesetzt, so wie man eine Pistole einsetzt, wenn man mit ihr auf jemanden zielt, aber nicht abdrückt.» Und er zitiert eine Studie des US Strategic Command von 1995: «Es schadet nur, uns selbst als völlig rational und besonnen darzustellen. ... Dass die USA irrational und rachsüchtig handeln können, wenn ihre grundlegenden Interessen angegriffen werden, sollte ein Teil des Bildes von unserer Nation sein, das wir allen Gegnern vermitteln.»

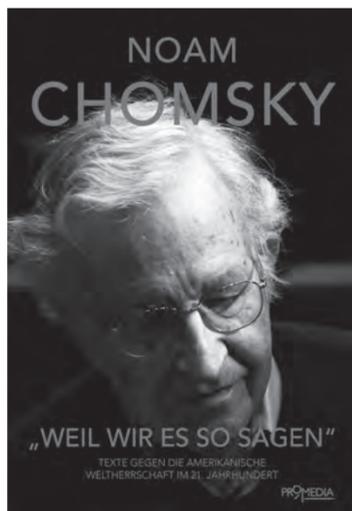
Abgehobene USA

Chomsky zitiert Samuel P. Huntington, der schon 1999 gewarnt hat, die USA werden in den Augen eines Grossteils der Welt zu einer «Schurkensupermacht». Oder die Zeitschrift Foreign Affairs (2013), die von der «Abgehobenheit der USA vom Rest der Welt» spricht und damit die zunehmende Ablehnung oder Nichteinhaltung multilateraler Verträge meint. Dazu Chomsky: «Was immer die Welt denken mag, die Handlungen der USA sind gerechtfertigt. Weil wir es so sagen.» Wie die USA sich über UNO-Resolutionen und Verträge hinwegsetzen, zeigt der Autor in umfassenden Analysen zum Thema Israel/Palästina. Auch die Rolle der USA in Kuba wird analysiert, und eine endlose Reihe alter und neuer Konflikte weltweit. Wer denkt – um ein Beispiel zu nennen – heute noch an das Guatemala von Rios Montt? Chomsky nimmt das Pressefoto einer guatemalteckischen Frau mit Kind am Muttertag 2013 zum Anlass für einen Exkurs über die jahrzehntelange Ein-

mischung der Vereinigten Staaten in Mittelamerika, macht einen Schlenker zum weltweiten «Netzwerk an Vassallenstaaten» und schlägt den Bogen zum zehnten Jahrestag der US-Invasion im Irak. Womit wir bei einem weiteren Themenkreis wären.

Der Angriffskrieg

Worte, die man wiederholen muss, bis sie in das Bewusstsein der Öffentlichkeit Eingang finden! Eine Forderung des Autors, die er an verschiedenen Stellen in ähnlicher Formulierung wiederholt. Es geht um den Angriffskrieg, nach dem Urteil des Nürnberger Prozesses «das schlimmste internationale Verbrechen, das sich von den anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, dass er das ganze Übel in sich vereint». Die amerikanisch-britische Invasion gegen den Irak sieht Chomsky als Paradebeispiel für einen Angriffskrieg. Er lässt den Irak-Experten Raed Jarrar sagen, «was wir im Westen wissen sollten»: dass die Aggressoren die irakische nationale Identität zerstört und sie durch religiöse und ethnische Identitäten ersetzt hätten. Chomsky selbst äussert sich vorsichtiger zum Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten: «Die Wurzeln dieses Konfliktes innerhalb des Islam sind zahlreich und mannigfaltig, doch es ist nicht zu leugnen, dass die Invasion der USA und Grossbritanniens ... dieses Schisma erheblich verschärft hat.»



Noam Chomsky: «Weil wir es so sagen». Texte gegen die amerikanische Weltherrschaft im 21. Jahrhundert; Promedia, Wien 2015; 208 S. ISBN: 978-3-85371-393-8. Erhältlich bei Buchhandlung Waser, Rützelinsplatz 17, 4001 Basel, Tel. 061 261 02 89; buecher-waser@bluewin.ch

Das «weltweite Drohnen-Mordprogramm von Präsident Obama» bezeichnet der Autor als «die mit Abstand grösste terroristische Kampagne zur Erzeugung von Terror». Er spricht von «Aufstandsmathematik»: mit jedem unschuldigen Menschen, den man töte, bringe man zehn neue Feinde hervor.

Empfehlung!

Von Chomsky sind keine billigen Lösungsvorschläge zu erwarten. Seine Reden sind Analysen und Warnungen. Sie sind getrieben von einem zutiefst menschlichen Anliegen: dass wir unsere «Allmende» mit ungeheurer Anstrengung verteidigen mögen. Der Lesegenuss entsteht durch die Schärfe und Aktualität der Analyse, durch die Erkenntnis von ungeahnten Zusammenhängen. Durch die Hoffnung, die denkende Menschen – bewusst oder unbewusst – verbreiten.



Italienische Partisanen in Florenz 1944: Sie standen den US-amerikanischen Plänen für Europa im Weg. Foto Archiv

70 Jahre Rehabilitation der Mussolini-Faschisten Alle Mittel recht

Im Friedensvertrag 1947 mit Italien lehnten die USA ein Verbot von Nachfolgeorganisationen der Mussolini-Partei ab. Damit wurde die von ihrer Militärgierung zugelassene Wiedergründung der Partei des «Duce» sanktioniert

Von Gerhard Feldbauer

In Italien bezogen die USA schon unmittelbar nach Kriegsende die Mussolini-Faschisten in ihr Vorgehen zur Verhinderung einer antifaschistisch-demokratischen Umwälzung ein. Im Juni 1945 löste die Allied Military Government of Occupied Territory (Amgot) das «Hohe Kommissariat zur Verfolgung der Regimeverbrecher» auf und setzte eine sogenannte Amnestie der «nationalen Versöhnung» durch. Damit fanden die, wenn auch begrenzten, Säuberungen im öffentlichen Dienst, ein überstürztes Ende. Von etwa 20 000 bis 30 000 durchgeführten oder eingeleiteten Verfahren wurden die meisten eingestellt, über 11 000 ergangene Urteile aufgehoben oder Begnadigungen gewährt. Zu den Freigelassenen gehörte der Chef der 10. Torpedoboot-Flottille, Fürst Valerio Borghese, der wegen wenigstens 800fachen Mordes als Kriegsverbrecher verurteilt, auf Geheiß der Amgot aber begnadigt worden war.

Der nächste Schritt der Restauration des Faschismus war, dass die früheren Parteigänger des «Duce» sich im August 1945 in einer Sammlungsbewegung Uomo Qualunque (Jedermann) organisieren und im Juni 1946 am Referendum über die Staatsform (Monarchie oder Republik) und den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung teilnehmen und mit 5,3 Prozent Stimmen 30 Sitze belegen konnten. Im November 1945 forderte der Präsident der Bank of America, Amadeo Giannini, in Rom als Gegenleistung für «einen Hilfsplan» für Italien den an der Spitze der antifaschistischen Einheits-Regierung stehenden Vorsitzenden der radikal-demokratischen Aktionspartei, Ferruccio Parri, zu stürzen. Durch den Rücktritt ihrer Minister lösten die Liberalen und die Democrazia Cristiana (DC) darauf eine Regierungskrise aus, mit der sie Parri zum Rücktritt zwangen. Danach setzte die DC aus ihren Reihen Alcide De Gasperi als Premier durch. Das machte den Weg frei, dass im Dezember 1946 die Mussolini-Faschisten mit dem Staatssekretär des «Duce», Giorgio Almirante, als Nationalsekretär und dem erwähnten Borghese als Präsident ihre Partei unter dem Namen «Movimento Sociale Italiano» (MSI) wieder gründen konnten. Almirante hatte noch kurz vor Kriegschluss einen Genickschussbefehl gegen Par-

tisanen erlassen. De Gasperi ließ die die Mussolini-Faschisten gewähren.

Um diese Entwicklung abzuwehren, lehnten die USA in den vom 29. Juli bis 15. Oktober 1946 in Paris geführten Friedensverhandlungen der Siegermächte UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich mit Italien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Finnland als früheren Verbündeten Hitlerdeutschlands die von der UdSSR für Italien geforderte Klausel ab, niemals wieder faschistische Organisationen zu erlauben und Kriegsverbrechen nicht ungesühnt zu lassen. Die italienische Regierung unterzeichnete das Abkommen am 7. Februar 1947. Es stellte einen Bruch der Moskauer «Erklärung über Italien» der Außenminister der UdSSR, der USA und Grossbritanniens vom 30. Oktober 1943 dar, die festgehalten hatte, dass die gemeinsame Politik der Verbündeten in Italien «zur völligen Vernichtung des Faschismus und zur Errichtung eines demokratischen Regimes führen muss». Das verstieß ebenso gegen die auf der Krimkonferenz (4. bis 11. Februar 1945 bei Jalta) von den Regierungschefs der UdSSR, der USA und Grossbritannien verabschiedete Erklärung «Einigkeit im Frieden wie im Kriege», mit der festgelegt worden war, in Europa «die letzten Spuren des Nationalsozialismus und Faschismus zu beseitigen».

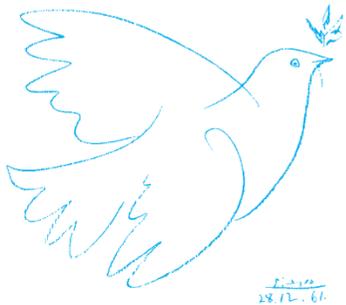
Die Friedensverträge legten Kriegsreparationen, Gebietskorrekturen und Minderheitenrechte fest. Italien wurden seine Kolonien in Afrika entzogen. Für Somalia erhielt es bis 1960 die Treuhandverwaltung der UNO. Es musste Grenzkorrekturen zugunsten Frankreichs zustimmen, den Dodekanes an Griechenland zurückgeben, Istrien, die Adria-Inseln und Fiume an Jugoslawien, das Gebiet von Triest als Freistaat und die Unabhängigkeit Äthiopiens und Albanien anerkennen. Italien wurden Reparationen von 360 Millionen US-Dollar (nach dem Stand von 1938) auferlegt, davon an Jugoslawien 125, Griechenland 105, die UdSSR 100, Äthiopien 25 und Albanien 5 Millionen.

Die Friedensverhandlungen hatten bereits im Vorfeld des beginnenden Kalten Krieges stattgefunden, den US-Präsident Harry Truman danach mit seiner berüchtigten Verkündung der Doktrin der «Eindämmung des Kommunismus» (Containment) am 12. März 1947 einläutete. Er erklärte

die USA «zum mächtigsten Land der Welt» und ihr Recht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten, die – tatsächlich oder angeblich – unter kommunistischem Einfluss stünden. Washingtons Ziel war, die besiegten Staaten ihrer Vorherrschaft zu unterwerfen und ein Bündnis mit den reaktionären Kräften zu schließen, um mit ihnen antifaschistisch-demokratische Veränderungen zu verhindern.

Ungehindert von der Besatzungsmacht konnte die wieder gegründete Mussolini-Partei MSI das faschistische Parteiprogramm von 1919 und das unter dem Besatzungsregime der Hitlerwehrmacht im Herbst 1943 verkündete sogenannte «Manifest von Verona» zur Grundlage ihres politischen Wirkens erklären. Mit der Festlegung im Parteistatut, «die soziale Idee in der ununterbrochenen historischen Kontinuität fortzuführen», legte sie ein weiteres Bekenntnis zum Mussolini-Faschismus ab. Mit dem MSI wurde die Partei des «Duce» wiedergegründet, obwohl die Verfassungsgebende Versammlung in einer Übergangsbestimmung festgelegt hatte, dass «Wer die aufgelöste faschistische Partei in irgendeiner Form, sei es als Partei, Bewegung oder paramilitärische Organisation, wieder gründet und militärische oder paramilitärische Gewalt als Mittel für den politischen Kampf anwendet sowie die Ziele der aufgelösten faschistischen Partei verfolgt», «mit Gefängnis von zwei bis 20 Jahren bestraft» wird.

Binnen weniger Wochen strömten dem MSI Zehntausende alte Mussolini-Anhänger zu. 1947 war die Partei in fast allen Regionen organisiert und konnte sich auf etwa 30 größere außerparlamentarische Organisationen mit weiteren Zehntausenden Mitgliedern stützen, deren Führungszentrale sie bildete. Zu einer Domäne des MSI wurden die verschiedenen militaristischen Traditionsverbände, die auf Initiative der USA nach dem NATO-Beitritt 1949 entstanden. Ähnlich wie in Deutschland bei den Hitlermilitärs ging es dem Pentagon auch in Italien darum, die militärischen Erfahrungen der Offiziere des «Duce» für die NATO zu sichern. Über diese Verbände erweiterte das MSI seine politische Basis und vertiefte die Kontakte zu den eigenen Militärs sowie zu denen der USA und der NATO. In den 60er Jahren stieg das MSI auf rund 300 000 Mitglieder mit über 4 335 Sektionen (Basisorganisationen) an. Nach ihrem Zusammenschluss mit der Monarchistischen Partei 1972 wuchs die Mitgliederzahl auf 400 000. Bei den Wahlen erreichte sie im gleichen Jahr 8,7 Prozent Stimmen im Parlament und wurde im Senat mit 9,2 Prozent viertstärkste Partei.



Unsere Welt



Der Kampf geht weiter

Ana ist nicht allein

Keine Gnade für Ana: Barak Obama hat es abgelehnt, die puertoricanische Gewissensgefängene Ana Belén Montes auf die Liste jener zu setzen, deren Begnadigung zum Privileg eines abtretenden Präsidenten gehört.

Von Martin Schwander

Noch im November war Hoffnung da. Von dieser Hoffnung getrieben, schrieb die 90jährige Schweizer Friedensaktivistin Martha Martin dem Präsidenten der USA einen Brief: «Ich schreibe Ihnen zugunsten einer Frau, die für bessere Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, ihrem Land und Kuba, zwischen dem US-amerikanischen Volk und dem kubanischen Volk kämpft. Sie wollte – freilich illegal –, was Sie getan haben, Herr Präsident, als Sie die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit Kuba angekündigt haben: Sie wollte, dass die beiden Nationen friedlich, mit Respekt und Neugierde als gute Nachbarn leben.

Sie werden sie kennen, ihr Name ist Ana Belén Montes, seit mehr als 15 Jahren im Gefängnis. Sie leidet an Krebs und sie leidet darunter, von den Geliebten getrennt zu sein.

Wie ich verstehe, ist es in Ihrer Macht, am Ende Ihrer Präsidentschaft, eine bestimmte Menge von Menschen zu begnadigen. Ana Belén Montes ist eine Gewissensgefängene, sie hat nie Gewalt angewendet, was sie tat, war aus Idealismus, aus humanitären Gründen, für eine bessere Welt.»

Martha Martin hat keine Antwort erhalten, wie wohl alle die Tausenden auch nicht, die es ihr gleich getan hatten.

Und Barak Obama hat bis zu seiner letzten Amtshandlung enttäuscht. Unter den 208 Begnadigungen und Strafreduktionen, die er bis zum 20. Januar 2017 noch aussprach, waren mit der Whistleblowerin Chelsea Manning und dem puertoricanischen Freiheitskämpfer Oscar López Rivera (siehe Artikel auf dieser Seite) zwar zwei Persönlichkeiten dabei, für deren Freilassung auch wir uns eingesetzt hatten. Doch was Hunderttausende sich auf der ganzen Welt erhofften, nämlich eine Begnadigung der Gewissensgefängenen Ana Belén Montes, des Aktivisten für die Rechte der Ureinwohner Leonard Peltier und des afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal, blieb schändlicherweise aus. Die Freilassung politischer Gefangener ist – wie die Einhaltung der elementarsten Menschenrechte –

eine Forderung, welche die USA nur dann auf ihre Fahne schreiben, wenn es nicht um das eigene Land geht.

Die aus Puerto Rico stammende Ana Belén Montes, die sich der destruktiven Kuba-Politik der USA mutig entgegenstellte, indem sie Informationen über aggressive Pläne ihres Landes weitergab, bleibt unter prekärsten Bedingungen in Haft. Ihre Cousine Miriam Montes Mock, eine der wenigen Personen, die zu ihr spärliche Kontakte unterhalten dürfen, informiert uns im nachfolgenden Brief über Anas aktuelle Situation.

Der Brief von Miriam

Danke, dass ihr solidarisch bleibt mit Ana. Natürlich haben wir im Moment gemischte Gefühle: Einerseits empfinden wir grosse Freude über den Triumph, den die Rückkehr von Oscar

Schreibt Ana + Co.

Vor Jahresfrist haben wir in dieser Zeitung dazu aufgerufen, den Internationalen Tag der Frau zu nutzen, und Ana Grusskarten zu schreiben. Wir wiederholen unseren Aufruf. Ana selbst wird die Karten und Briefe unter den jetzigen Haftbedingungen zwar nicht lesen dürfen. Trotzdem werden sie Auswirkungen haben: Die Gefängnisadministration wird einmal mehr merken, dass diese Frau nicht allein steht und die Öffentlichkeit genau hinschaut, was mit ihr im Gefängnis passiert.

Ana Belén Montes

No. 25037-016
Carswell Detention Center
3000, I St, Fort Worth, TX 76127

Schreibt auch Leonard Peltier und Mumia Abu-Jamal: Jede Aufmunterung ist wichtig:

Leonard Peltier, No. 89637-132

USP Coleman I
P.O. Box 1033
Coleman, FL 33521

Mumia Abu-Jamal

No. AM 8335
SCI Mahanoy
301 Morea Road
Frackville, PA 17932

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Samuel Wanitsch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.

Auflage: 3 000

Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 5. Herzlichen Dank!

in seine Heimat und zu den Seinen für das Volk von Puerto Rico (und für alle, die sich für ihn eingesetzt haben) bedeutet. Andererseits die Trauer: Ana bleibt eingekerkert.

Wir Ihr vermutlich wisst, erholt sich Ana gegenwärtig von einer Mastektomie und erhält Strahlenbehandlung. Das ist ein Prozess, der für jede Frau sehr belastend ist, insbesondere natürlich dann, wenn sie im Gefängnis sitzt, fern von der Unterstützung durch ihre Angehörigen und ohne Möglichkeit, alternative Behandlungen zu erkunden. Das alles war sehr schwierig und schmerzhaft, wie ihr euch vorstellen könnt. Ana hat bereits so viel über sich ergehen lassen müssen, musste den widerlichsten Haftbedingungen widerstehen...

Seit ihrer Operation habe ich keine Briefe mehr von ihr erhalten, da sie zurzeit die rechte Hand nicht benutzen kann. Ihre Mutter konnte jedoch am Telefon mit ihr sprechen. Ana ist weiterhin den administrativen Massnahmen eines Hochsicherheitsgefängnisses ausgesetzt, deshalb bleibe ich vorsichtig mit dem, was ich sage.

In Puerto Rico wird unser Arbeitskreis Ana weiterhin unterstützen. Diese Unterstützung ist mehr denn je nötig. Unser hauptsächliches Ziel ist es, ihren Fall bekannt zu machen und ihn in die richtige Perspektive zu rücken: die Prinzipien, für welche sie gekämpft hat, die historische Situation, die zu ihrem Handeln geführt hat, die Krankheit, an welcher sie leidet. Ich denke, dass eine Aufklärungskampagne die öffentliche Meinung zugunsten von Ana beeinflussen kann, und das ist für die weiteren Bemühungen um ihre Freilassung unabdingbar. Ebenso denke ich, dass das Wissen um die Unterstützung und die Zuneigung, die sie von uns erhält, Ana hilft, ihre Haft zu ertragen. Es ist sehr wichtig, in unserer Kampagne den humanitären Aspekt herauszustreichen. Auch dürfen wir die historische Wende nicht aussprechen lassen, welche die Erklärungen von Obama vor zwei Jahren (in Bezug auf Kuba, die Red.) eingeleitet haben.

Viele der Kolleginnen und Kollegen, die bei uns im Arbeitskreis mitmachen, haben sich auch für die Befreiung von Oscar eingesetzt. Seine Freilassung hat uns als Volk inspiriert. Ein geeintes Volk, ein kämpferisches Volk, das beharrlich seine Ziele verfolgt, gewinnt. Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingt, den Kampf für Ana zu diversifizieren und zu verbreitern.

Am 26. Februar werden wir Anas Geburtstag feiern, mit Musik, mit Gedichten und mit Malerei, die alle von Ana inspiriert wurden. Wie schon zuvor werden wir auch weiterhin Volksfeste, religiöse und kulturelle Treffen, künstlerische Veranstaltungen und andere Gelegenheiten nutzen, um ihren Fall darzulegen.

Wir wissen nicht, was unter der gegenwärtigen Regierung passieren wird. Wir wissen nichts. Aber wir verschliessen uns keiner Möglichkeit. Deshalb ist es unabdingbar, weiterhin auf Ana aufmerksam zu machen. Ich träume davon, dass am Tag ihrer Befreiung viele Menschen sie bereits kennen und sie empfangen und in ihre Arme schliessen können, wie sie es verdient.

Danke, dass ihr sie nicht vergesst.

Gerechtigkeit nach 35 Jahren

Freiheit für Oscar

Oscar López Rivera kommt frei. Seine Haft soll am 17. Mai 2017 enden. So hat es Barak Obama in einer seiner letzten Amtshandlungen verfügt.

Die gegen den seit 35 Jahren in den Vereinigten Staaten inhaftierten puertoricanischen Unabhängigkeitskämpfer Oscar López Rivera verhängte Strafe wurde vom scheidenden US-Präsidenten Obama herabgesetzt, so dass er am 17. Mai aus der Haft entlassen wird. Bereits wurde Oscar in ein Gefängnis auf Puerto Rico verlegt. Seine Anwältin Jan Susler sagte der Presse gegenüber, dass er «sehr dankbar für die Solidarität und die Liebe sei, die ihm 35 Jahre lang entgegengebracht wurde».

Susler sagte weiter, dass die Gerechtigkeit sich erst nach einem langen und schwierigen Weg durchgesetzt habe. «Ich hatte das Privileg ihm dies persönlich mitzuteilen. Oscar ist ein Mann des Friedens und er war sehr ruhig, er nahm die Nachricht mit Freude und grosser Dankbarkeit auf.»

Washington erkannte die Forderung von López Rivera nicht an und verurteilte ihn zu 55 Jahren Gefängnis. Nach einem angeblichen Fluchtversuch wurde das Urteil auf 70 Jahre erhöht, von denen er 12 bereits in völliger Isolierung verbringen musste.

Der ehemalige US-Präsident William Clinton bot ihm 1999 eine Begnadigung unter Auflagen an. López Rivero lehnte ab, weil es für ihn die Auflage enthielt, zehn weitere Jahre mit guter Führung dort zu bleiben und weil er früher entlassen würde, als andere FALN-Mitglieder.

«Niemand, weder in Vietnam noch auf den Strassen habe ich jemals jemanden im Stich gelassen. Es war schwer für mich zu wissen, dass ich früher als sie herauskommen sollte. Ausserdem durfte ich mir in den zehn zusätzlichen Jahren im Gefängnis



Ana und Oscar waren auch am Europäischen Treffen der Kuba-Solidarität vom November 2016 in Stockholm omnipräsent.

Der 1943 in Puerto Rico geborene López Rivera ist ein Führer im Kampf für die Unabhängigkeit seines Geburtslandes. Er ist ein Veteran des Vietnam Krieges und wurde für seinen Mut bei Kampfeinsätzen ausgezeichnet.

Nach seiner Rückkehr nach Chicago gliederte er sich in den Kampf für die Rechte des puertoricanischen Volkes ein und nahm an Aktionen des zivilen Ungehorsams teil.

1976 schloss er sich dem Untergrundkampf für die Unabhängigkeit Puerto Ricos an und wurde Mitglied der Nationalen Befreiungsarmee (FALN). 1981 wurde er vom FBI verhaftet und wegen seiner Mitgliedschaft in der FALN der «Verschwörung» angeklagt.

Im Augenblick seiner Verhaftung forderte er für sich den Status des «Kriegsgefangenen», der durch das erste Protokoll der Genfer Konvention von 1949 geschützt ist. Das Genfer Protokoll gewährt Oscar López Schutz, weil es sich bei ihm um eine Person handelt, die in einem Konflikt und in einem Kampf gegen die koloniale Besetzung festgenommen wurde.

nicht den kleinsten Verstoß zuschulde kommen lassen und im Gefängnis weiss man nie, was der Wärter genau möchte, was man tun soll», sagte er 2013 der puertoricanischen Zeitung El Nuevo Diario.

Führende Persönlichkeiten auf der ganzen Welt und Menschenrechtsorganisationen hatten auf die Freilassung von Oscar López Rivera gedrängt. 2012 verabschiedete das Komitee für Dekolonisierung der UNO eine Resolution, in der die Freilassung der Unabhängigkeitskämpfer gefordert wird, die in den Vereinigten Staaten im Gefängnis sind.

René González von den Cuban Five bezeichnete den Strafnachlass «als eine Art einem unnötigen und absurden Leid ein Ende zu setzen, das einem Mann nur deswegen zugefügt wurde, weil er Würde besass. Ich wünsche Oscar alles Gute, ich weiss, dass ihn seine Tochter, seine Familie, sein puertoricanisches Volk mit grosser Liebe erwarten und ich bin sicher, dass es ein Fest werden wird, das alle sich verdient haben, die sich für seine Freilassung eingesetzt haben», betonte er. (Quelle und Übersetzung: Granma internacional)